

Queerpolitischer Beirat			Sitzungsprotokoll
Sitzungstag: 28.11.2024	Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr	Sitzungsende: 18:15 Uhr	Sitzungsort: Bremische Bürgerschaft
Teilnehmende: Udo Schmidt, Katharina Müller, Peter Bollhagen, Alp Savran, Lucie Schlüter, Masoodah Hesar, Katharina Kunze, Christian Linker, Sören Hoyer, Carina Hilscher, Greta Riemann, Mo Wenner, Julia Koopmann, Rebecca Gefken, Anne-Luise Baumann, Lucie G. Veith, Ulrike Peter			
Moderation: Rebecca Gefken			

Folgende Tagesordnung wurde vorab an die Teilnehmenden per E-Mail versendet:

1. Begrüßung | Vorstellung der Tagesordnung und ggf. Änderungen, dann Beschluss der Tagesordnung
2. Bericht und Aktuelles
 - 2.1 Aus der Bürgerschaft (und ggf. Bundesrat/Bundesebene)
 - 2.2 Aus den Ressorts und vom Magistrat
 - 2.3 Aus den beiden Städten, den Communities und Trägervereinen
 - insbesondere FollowUps/Sachstände zu: Selbstbestimmungsgesetz, erster Jour Fixe zur Fortschreibung des Landesaktionsplans, erstes Treffen zur Planung einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem Martinshof und der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration, Novellierung des Abstammungsrechts, Idee aus NRW einer Dunkelfeldstudie zur Gewalt an queeren Personen (bundesweit), Bericht zur aktuellen Situation der queeren Gemeinschaftsunterkunft
3. Vorstellung des neuen Beratungsangebots der AWO für queere und weitere vulnerable Schutzsuchende

Pause

4. Queerpolitische Strukturentwicklung
 - 4.1 Diskriminierungsärmere Arbeit im QPB (Arbeitstitel)
 - 4.2 Strukturen und Arbeitsweise der Ressorts: Zuständigkeiten für queere Themen, Austausch- und Abstimmungsprozesse zwischen des Ressorts
5. Verschiedenes / Organisatorisches
 - 5.1 Start der Terminabfrage für 2025
 - 5.2 ggf. weitere Themen / Verabschiedung

TOP 1: Begrüßung

Rebecca Gefken (belladonna e.V.) begrüßt alle Teilnehmenden und eröffnet die Sitzung. Die Tagesordnung ist beschlossen.

TOP 2: Bericht und Aktuelles

Katharina Müller (Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz) berichtet von einer Abfrage der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz über die Berücksichtigung nicht-binärer Menschen in Krankenhäusern. Die Umfrage hat ergeben, dass einige Krankenhäuser noch Anpassungsbedarf sehen, zum Beispiel bei der Sprache in

Formularen. Außerdem betont Katharina Müller, dass bei Unterbringung darauf geachtet wird, dass allen nicht-binären Personen ein Einzelzimmer zur Verfügung gestellt wird. Mehrere Kliniken haben ihren Mitarbeitenden bereits Fortbildungen mit dem Ziel der Sensibilisierung zu geschlechtlicher Vielfalt angeboten, während in anderen Kliniken noch keine solchen Fortbildungen stattgefunden haben.

In der Klinik für forensische Psychiatrie und Psychotherapie Klinikum Bremen-Ost, in der der Maßregelvollzug für das Land Bremen durchgeführt wird, sind die Mitarbeitenden hinsichtlich der Unterbringung von trans*, inter* und nicht-binären Personen sensibilisiert. Im hochgesicherten Bereich der Klinik gibt es nur Einzelzimmer. Allerdings werden die sanitären Anlagen gemeinschaftlich genutzt, welche aber abschließbar sind.

Außerdem setzt sich das Gesundheitsressort aktuell für die Sicherstellung medizinischer Behandlungen im Kontext von Transgeschlechtlichkeit ein. Seit dem Urteil des Bundessozialgerichts vom Oktober 2023 ist unklar, wer die Kosten für körpermodifizierende Maßnahmen übernimmt, sowohl für binäre als auch für nicht-binäre trans*-Personen. Damit der Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) eine entsprechende Richtlinie erlassen kann, muss eine rechtliche Grundlage im Sozialgesetzbuch V geschaffen werden. Dieses Thema wurde im Rahmen des Lagerfeuers der Arbeitsgemeinschaft der obersten Landesgesundheitsbehörden (AOLG) mit den anderen Ländern besprochen. Dabei hat sich eine Mehrheit für die Unterstützung eines entsprechenden Beschlusses der Gesundheitsminister:innenkonferenz (GMK) gezeigt. Daher wird derzeit ein Umlaufbeschluss der GMK vorbereitet.

Hauke Hachmann (Senatorin für Justiz und Verfassung) berichtet zur geplanten Reform des Abstammungsrecht. Dazu gab es auf Wunsch der Bundesländer eine Videokonferenz mit dem Bundesministerium der Justiz, um sich generell über geplante Reformen auszutauschen. Zum Abstammungsrecht ist noch kein Referent*innen-Entwurf veröffentlicht worden. Dieser soll im nächsten Jahr vorliegen. Die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration ist das zuständige Ressort für das Abstammungsrecht.

Außerdem berichtet Hauke Hachmann von der Justizminister*innen-Konferenz und einer Beschlussvorlage, die auf Initiative von Bremen vorangetrieben wurde. Dabei soll das Strafantragsalter von 18 auf 16 Jahren herabgesetzt werden. Gerade bei queerpolitischen Straftaten sind die Opfer oftmals nicht volljährig. Der Vorschlag wurde aber mangels Mehrheit nicht beschlossen.

Santos Blume (LSVD+ Niedersachsen-Bremen e.V.) entgegnet, dass der Referent*innen-Entwurf zum Abstammungsrecht zwar nicht offiziell, aber geleakt wurde und fragliche Regelungen enthält. Ebenso gibt Santos Blume den Hinweis, dass auf der

Justizminister*innen-Konferenz noch weitere queerpolitische Themen besprochen wurde. Hauke Hachmann wird dazu im Umlaufverfahren die Informationen zeitnah zur Verfügung stellen.

Christian Linker (Rat&Tat-Zentrum für queeres Leben e.V.) macht auf die schwierige Situation in der Unterbringung von queeren Geflüchteten aufmerksam. Ein Appell und ein Positionspapier verschiedener Organisationen wurde an die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration verschickt. Durch die Schließung der Notaufnahmeeinrichtung Hotel Tryp by Wyndham fallen perspektivisch Unterbringungsmöglichkeiten weg, die den Bedürfnissen von besonders schutzbedürftigen Geflüchteten, wie z.B. queeren Geflüchteten, z.B. durch Einzelzimmer entsprechen. Bremen verfüge bislang über keine expliziten Schutzräume für queere Geflüchtete, wie sie in anderen vergleichbar großen Städten Deutschlands (z.B. Hannover - mit 50 Plätzen, Leipzig - mit 40 Plätzen und Berlin) existieren. Ohne Alternativen werde die Schließung des Tryp Hotels dazu führen, dass queere Menschen in unsichere Lebenssituationen gebracht werden – mit dem Risiko, Diskriminierung, Gewalt und psychischen Belastungen ausgesetzt zu sein. Selin Arpaz (SPD) nimmt dieses Anliegen auf politischer Ebene mit. Mo Wenner (Trans* Recht e.V.) fügt hinzu, dass queere Vereine in Niedersachsen sich dafür ausgesprochen haben, dass queere Geflüchtete in den Großstädten bleiben, da dort die Angebote für queere Personen vorhanden sind und genutzt werden können.

Eine Rückmeldung des Standesamtes bzw. des Senators für Inneres und Sport zum Selbstbestimmungsgesetz und den noch offenen Fragen der letzten Sitzung wurde von Greta Riemann (Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration) kurz vor der Sitzung verschickt.

Greta Riemann berichtet, dass der erste Jour Fixe zur Fortschreibung des Landesaktionsplans stattgefunden hat. Eine Diskussion und anschließende Abstimmung hat ergeben, dass es einen offenen und einen geplanten Teil der Jour Fixe geben soll. Entsprechende Themen können von allen Personen über Greta Riemann angemeldet werden. Eine Übersicht zu den einzelnen Handlungsfeldern mit einer Maßnahmenübersicht des aktuellen Landesaktionsplans und dem Umsetzungsstand wird zur Vorbereitung verschickt. Außerdem wird es eine Online-Beteiligung auf der Webseite www.soziales.bremen.de geben. Dort können Personen Ideen und Anregungen zu den einzelnen Handlungsfeldern geben. Am 30. Januar 2025 findet ab 16 Uhr eine offene Veranstaltung statt. Dort können ebenfalls Ideen und Vorschläge eingebracht werden. Der nächste Jour Fixe Termin wird sich mit den Themen Migration und Behinderung beschäftigen. Die Online-Beteiligung und die Veranstaltung sollen möglichst viele Personen erreichen und daher ist die Bekanntmachung notwendig.

Auf Nachfrage führt Greta Riemann weiter aus, dass die Jour Fixe Termine alle sechs Wochen geplant sind und Themen frühzeitig bekanntgegeben werden sollen, damit sich alle Beteiligten gut vorbereiten können und über ihre Teilnahme an den Terminen entscheiden können. Zusammen mit einer Übersicht der Maßnahmen des aktuellen Landesaktionsplans mit dem Umsetzungsstand wird eine Übersicht der Maßnahmen aus Hamburg verschickt. Den Hinweis einen weiteren Vergleich zu einem weiteren Landesaktionsplan nimmt Greta Riemann mit und wird alle Informationen per E-Mail versenden.

Mo Wenner fasst die Einzelstellungnahme von Trans* Recht e.V. zum Prozess der Fortschreibung des Landesaktionsplans zusammen. Sören Hoyer (Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration) weist die darin enthaltenen Anschuldigungen zurück.

Das erste Planungstreffen einer Veranstaltung mit dem Martinshof und der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration hat stattgefunden. Greta Riemann gibt an, dass die Zielgruppe Personen aus Werkstätten und weiteren Einrichtungen sind. Dabei soll der Zugang zu queeren Themen und zu den Beratungsstrukturen in Bremen ermöglicht werden. Im Dezember findet ein nächstes Treffen für die weitere Planung statt und Anregungen können gerne an Greta Riemann gemeldet werden.

Außerdem gibt es von Nordrhein-Westfalen die Idee, auf der Gleichstellungsminister*innen-Konferenz eine bundesweite Dunkelfeldstudie zur Gewalt an queeren Personen in Auftrag zu geben. Dabei handelt es sich aber bisher nur um eine Themenanmeldung zur Vorkonferenz. Greta Riemann nimmt gerne Anmerkungen dazu entgegen und nimmt diese mit zur Bund-Länder-Runde LSBTIQ* Anfang Dezember, wo der Vorschlag ebenfalls besprochen wird.

TOP 3 Vorstellung des neuen Beratungsangebots der AWO für queere und weitere vulnerable Schutzsuchende

Lucie Schlüter und Masoodah Hesar stellen sich und das neue Beratungsangebots der AWO für queere und weitere vulnerable Schutzsuchende vor. Die Beratung soll im März 2025 starten und wird in den Räumlichkeiten der AWO in der Knochenhauerstraße und in der St.-Jürgen-Straße stattfinden. In der St.-Jürgen-Straße ist eine Beratung ohne Termin möglich, in der Knochenhauerstraße ist ein Termin erforderlich.

TOP 4 Queerpolitische Strukturentwicklung

Auf der letzten Sitzung des Queerpolitischen Beirat wurde über die Beschlussvorlage zur diskriminierungsärmeren Arbeit im Queerpolitischen Beirat gesprochen. Greta Riemann berichtet, dass Jochen Schiffmann, beim Senator für Finanzen für Diversity Management zuständig, keine vollumfängliche Beratung anbieten kann, aber unterstützend zur Verfügung stehen könnte. Hinsichtlich der Fortbildungsangebote für Verwaltungsmitarbeitende im Bereich „Umgang mit Diskriminierung“ wird eine Übersicht nachgereicht. Ein erstes Treffen

der internen Arbeitsgruppe des Beirats dazu fand erfolgreich statt und ein zweiter Termin wird für Dezember gesucht.

Greta Riemann berichtet, dass sich die Ressorts zukünftig vor den Beiratssitzungen treffen werden. Ein erstes Treffen hat vor dieser Sitzung stattgefunden. Generell ist der Austausch dafür gedacht, um über die Tagesordnung und auch über aktuelle Themen zu sprechen.

Aus dem Beirat kam die Idee auf, dass eine Übersicht über die Maßnahmen des Landesaktionsplans mit dem aktuellen Umsetzungsstand erstellt wird. Dort können die Ressorts in regelmäßigen Abständen eintragen, was sich verändert hat. Diese Übersicht soll allen Beteiligten zur Verfügung gestellt und entsprechend auf den Sitzungen berichtet werden. Sie sollen als Arbeitsgrundlage dienen. Ein Entwurf wird von Greta Riemann erstellt und verschickt.

TOP 5 Verschiedenes / Organisatorisches

Greta Riemann startet die Terminabfrage für die Sitzungen im Jahr 2025 mit Mentimeter und nimmt die Ergebnisse zur Planung der Sitzungstermine 2025 mit. Die entsprechenden Sitzungstermine werden zeitnah nach der Sitzung verschickt.

Greta Riemann teilt mit, dass die Webseite „Regenbogenportal“, betrieben durch das BMFSFJ, Ende November abgeschaltet wird. Einzelne Städten haben sich diesbezüglich an den Queerbeauftragten der Bundesregierung gewandt und auch Bremen wird sich dem anschließen.

Ulrike Peter (Landesbehindertenbeauftragter) gibt bekannt, dass am 3. Dezember 2024 in der Sögestraße um 16 Uhr eine Kundgebung zum Internationaler Tag der Menschen mit Behinderungen stattfindet.